

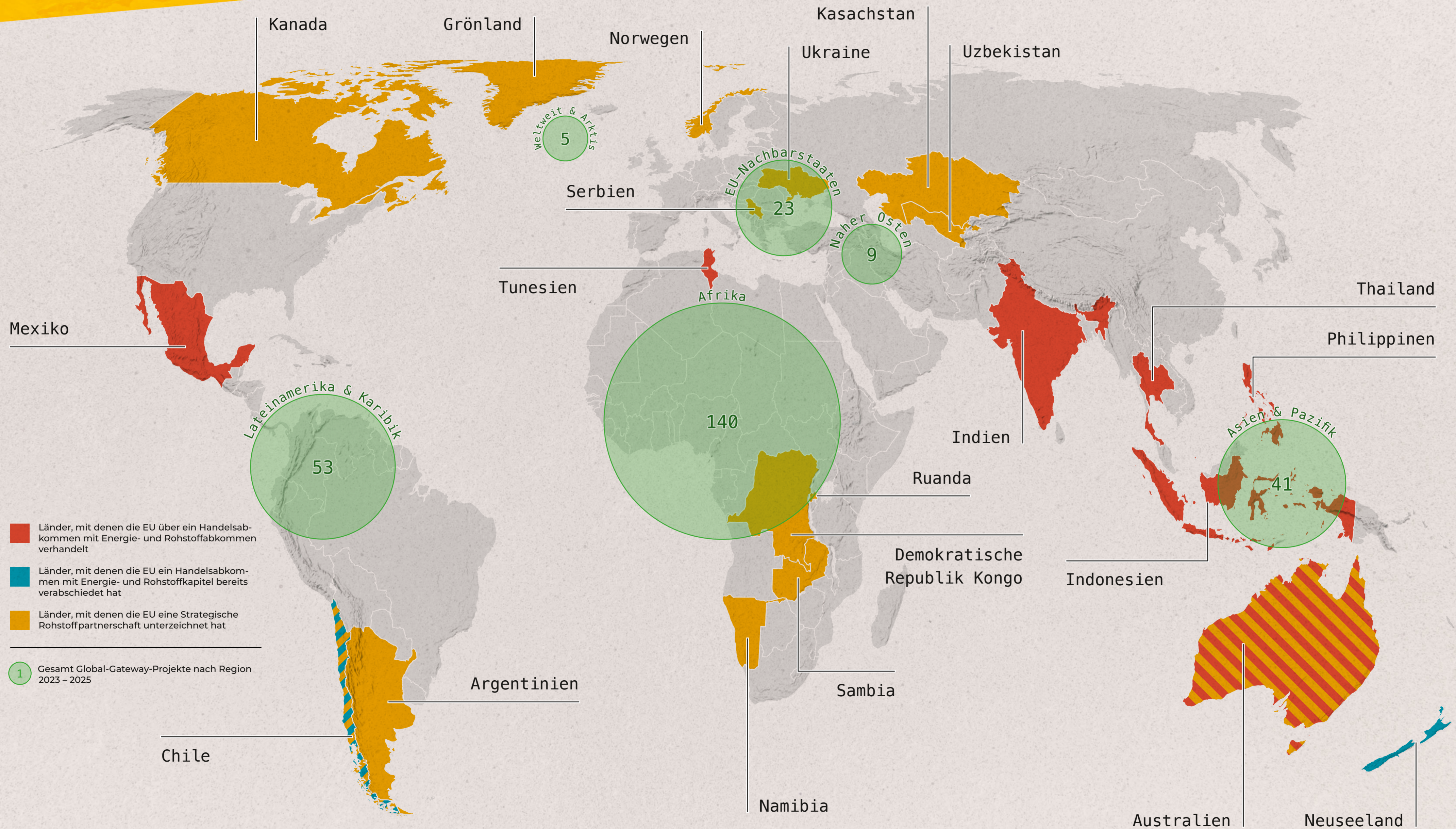
EXTRACT! EXTRACT! EXTRACT!

MEHR ROHSTOFFAUSBEUTUNG, WENIGER GLOBALE GERECHTIGKEIT

Weitere Informationen und eine ausführliche Beschreibung der einzelnen Instrumente finden Sie auf unserer Internetseite „Zwischen Anspruch und Ausbeutung: Europas handelspolitische Strategie zur Rohstoffsicherung“



power-shift.de/zwischen-anspruch-und-ausbeutung/



Quellen: Eigendarstellung auf Basis von Atlas of Economic Complexity [<https://atlas.cid.harvard.edu/explore>], EU-Kommission [https://single-market-economy.ec.europa.eu/sectors/raw-materials/areas-specific-interest/raw-materials-diplomacy_en], RMIS - Country Profiles [<https://rmis.jrc.ec.europa.eu/cp>], GTAI [<https://www.gtai.de/de/trade>], Deutsche Rohstoffagentur [<https://www.deutsche-rohstoffagentur.de/>]

EXTRACT! EXTRACT! EXTRACT!

Die Energie- und Mobilitätswende, die Digitalisierung, aber auch strategisch wichtige Bereiche für die Europäische Union (EU) wie Raumfahrt und Militär sind in ihrer Produktion sehr materialintensiv. Der Zugang zu Rohstoffen ist deshalb für die EU von zentraler Bedeutung. Zumal ein Großteil der benötigten Rohstoffe, wie Nickel, Lithium, Kobalt und Graphit, wenn überhaupt nur zu einem geringen Prozentsatz in Europa vorkommt oder abgebaut wird. Deswegen wächst auch die Bedeutung von speziellen Handelsabkommen und handelspolitischen Instrumenten, die den Zugang zu diesen Rohstoffen vereinfachen und langfristig sicherstellen sollen. Was sind das für Abkommen und welche Folgen haben sie für die rohstoffreichen Länder, die lokale Bevölkerung und unsere Umwelt?

Handelsabkommen

Handelsabkommen sind dazu gedacht, den Austausch möglichst aller exportierten und importierten Waren und Dienstleistungen zu vereinfachen und zu vergünstigen. Dies geschieht über den Abbau von Zöllen und anderen als Handelshemmnissen verstandenen Abgaben (z.B. Exportsteuern) und Auflagen (z.B. Auflagen zur Anstellung inländischer Arbeitnehmer*innen oder zur Nutzung lokaler Vorprodukte). Insofern sind diese Abkommen besonders für große, international agierende Unternehmen von Bedeutung, die sich davon weniger Kontrollen und ungehinderten Marktzugang sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen in einem Land erhoffen. Das bedeutet aber auch, dass heimische Betriebe, die nicht die gleiche technische Ausstattung aufweisen wie global agierende Konzerne, häufig ins Hintertreffen geraten. Seit 2015 integriert die EU zudem spezifische Energie- und Rohstoffkapitel in ihre Handelsabkommen, um Abgaben, Exportbeschränkungen oder sonstige Hindernisse beim Zugang zu und Handel mit Rohstoffen zu verhindern. Im Januar 2025 hatte die EU bereits neun Handelsabkommen mit einem entsprechenden Kapitel auf den Weg gebracht (siehe Karte). Diese treiben den Abbau von Rohstoffen weiter voran und verschärfen den Druck auf die Umwelt in den rohstoffreichen Ländern, ohne zu garantieren, dass die lokale Bevölkerung vom Abbau der Rohstoffe profitiert. Das ist besonders deswegen besorgniserregend, weil rohstoffreiche und -exportierende Länder schon jetzt mit den Umweltfolgen ihres extraktiven Handelsmodells zu kämpfen haben.¹

Strategische Rohstoffpartnerschaften

2021 begann die Europäische Kommission eine als "Rohstoffdiplomatie" bezeichnete Kampagne zur Unterzeichnung von spezifischen Partnerschaftsabkommen mit rohstoffreichen Ländern.⁷ Diese sogenannten strategischen Rohstoffpartnerschaften sind komplementär zu EU-Handelsabkommen⁸ und sollen eine diversifizierte und nachhaltige Versorgung mit kritischen Rohstoffen sicherstellen.⁹ Seit 2021 hat die Europäische Kommission 14 solcher Partnerschaften ins Leben gerufen (siehe Karte). Weitere sollen folgen. Eingangs stellen diese Partnerschaften nur eine lose, nicht völkerrechtlich bindende Vereinbarung über Zusammenarbeit im Rohstoffsektor dar. Die Grundstruktur der jeweiligen Partnerschaften ist sehr ähnlich. Es geht um verstärkte Kooperation im Bereich nachhaltiger Wertschöpfungsketten für Rohstoffe, Wasserstoff (Chile) und E-Batterien (Serbien), inkl. der Durchsetzung von Handelserleichterungen; um Zusammenarbeit und Mobilisierung von Finanzmitteln für den Infrastrukturausbau und die Erschließung neuer Bergbauprojekte; um Zusammenarbeit zur Erreichung einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Produktion von Rohstoffen sowie die Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten zur Weiterverarbeitung; und um Zusammenarbeit in Forschung und Innovation und im Bereich der "guten Regierungsführung" (good governance). Innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss der Partnerschaft wird ein Fahrplan mit konkreten Bereichen und Projekten für die Zusammenarbeit erstellt. Bei der Lektüre der Vereinbarungen und der wenigen bislang öffentlich zugänglichen Fahrpläne wird ersichtlich, dass es der EU vor allem darum geht, die eigene Versorgung mit Rohstoffen sicherzustellen und europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb um Zugang und Nutzung entsprechender Rohstoffe besser zu positionieren. Die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung und der Zivilgesellschaft oder verbindliche Regeln zur Einhaltung von Menschenrechts- und Arbeitsstandards sowie Umweltschutz sind nicht Bestandteil der Abkommen.¹⁰

Hälfte aller Projekte gehört dem Bereich "Klima und Energie" an, wobei es vor allem um die Förderung von grünem Wasserstoff, den Abbau von kritischen Rohstoffen, den Aufbau von Hochspannungsleitungen, Stromgeneratoren, von Windkraftanlagen und Solarpaneelen geht. 22% der Projekte betreffen den Transportsektor und 13% Digitalisierung. Nur 16% lassen sich dem Bereich Bildung und Gesundheit zuordnen.¹⁶

Die Kritik an Global Gateway ist umfassend. So mahnt der größte Arbeitgeberverband der EU, BusinessEurope, mehr Transparenz zu den einzelnen Projekten an, zum Grund für ihre Auswahl, zu ihrem aktuellen Stand, den Geldgebern und Begünstigten.¹⁷ Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren zudem, dass es sich bei der Initiative um einen Top-Down Ansatz handelt, der inzwischen in der europäischen Entwicklungspolitik dominiert, demokratische Mitsprachemöglichkeiten vermissen lässt und sowohl der interessierten Öffentlichkeit als auch dem Europäischen Parlament keine tatsächliche Teilhabe erlaubt.¹⁸ Anstatt Projekte, die mit Entwicklungsgeldern finanziert werden, an den tatsächlichen Bedarfen der Partnerländer auszurichten, orientieren sie sich an Gewinnmöglichkeiten für Investoren und den strategischen und geopolitischen Interessen der Europäischen Union hinsichtlich der Diversifizierung ihrer Bezugsquellen von Rohstoffen und Energie, aber auch zur Migrationskontrolle.¹⁹ So forderte auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss konkrete Nachhaltigkeitsfolgenabschätzungen sowie eine aktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse der Global Gateway Strategie.²⁰ Global Gateway treibt zudem eine Privatisierung von staatlichen Dienstleistungen und Infrastruktur voran. Die Gefahr besteht, dass die Schulden der zum Großteil bereits hochverschuldeten Länder des Globalen Südens dadurch weiter in die Höhe klettern.²¹

Investitionsabkommen

Die 27 EU-Mitgliedsstaaten unterhalten derzeit ein weites Netz aus über 1000 bilateralen Investitionsabkommen mit Drittländern.² Hinzu kommen Handelsabkommen mit einem spezifischen Investitionsteil, der ausländischen Unternehmen Sonderklagerechte zusichert. Bislang ist noch keines dieser Investitionsabkommen mit Vietnam, Singapur, Kanada, Chile und Mexiko in Kraft getreten, da deren Ratifizierung durch die nationalen Parlamente aussteht.³ Mithilfe dieses als "Investor-Staat-Schiedsverfahren" bekannten Mechanismus, können ausländische Investoren Staaten vor exklusiven internationalen Schiedstribunalen auf Entschädigungszahlungen in Millionen- und sogar Milliardenhöhe verklagen, wenn deren Unternehmungen durch staatliche Regulation behindert, eingeschränkt oder gar wertlos werden. Dazu gehört auch die Aufkündigung einer Bergbaulizenz aus Umweltbedenken oder aufgrund sozialer Konflikte. In den letzten Jahren haben Konzernklagen, die mit Bergbau in Verbindung stehen, stark zugenommen. Dieser Trend wird sich aufgrund der steigenden Nachfrage nach Mineralien für die grüne Transformation noch verschärfen.⁴ Fast 45% der zwischen 2016 und 2022 registrierten Konzernklagen im Bergbausektor richten sich gegen Länder Lateinamerikas. In der Mehrzahl der 1368 bekannten ISDS-Klagen weltweit profitieren Investoren, sei es, weil ihnen das Tribunal Recht gibt, oder sie sich mit dem Staat auf eine Kompensation einigen.⁵ Die Entschädigungszahlungen, die Investoren von Schiedstribunalen zugesprochen bekommen, lagen in den letzten Jahren im Schnitt bei über 250 Millionen US-Dollar - Geld, das den Staaten dann für Ausgaben im Bildungs- und Gesundheitsbereich und auch bei der Energiewende fehlt.⁶

Global Gateway

Die Global-Gateway-Strategie wurde 2021 von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen. Es handelt sich um eine groß angelegte Initiative zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten in den Bereichen Klima-, Energie-, Verkehrs- und digitaler Infrastruktur sowie im Gesundheits- und Bildungsbereich.¹¹ Zudem ist es ein Gegenangebot zur chinesischen Neuen Seidenstraße (Belt and Road Initiative) und soll die EU gerade in den Regionen stärken, wo chinesische Investoren massiv an Einfluss gewonnen haben. Obwohl der Fokus auf der Förderung und Finanzierung physischer Infrastruktur liegt, sollen gleichermaßen auch die notwendigen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass die Projekte zu den gewünschten Ergebnissen führen, indem u.a. "attraktive Investitions- und unternehmensfreundliche Handelsbedingungen"¹² etabliert werden.

Global Gateway ist zudem ein zentrales Element der europäischen Entwicklungszusammenarbeit und wird mehrfach im Rahmen des EU "Aid for Trade"-Fortschrittsberichtes (2024) genannt.¹³ Die "Aid for Trade"-Strategie der Europäischen Union sieht vor, Entwicklungsfinanzierung an Bekenntnisse zur Marktöffnung und konkrete Investitionsmöglichkeiten für europäische Unternehmen zu knüpfen. Insofern dient Global Gateway auch als Türöffner für Unternehmen und Produkte aus Europa. Überhaupt ist der Privatsektor bei der Umsetzung von Global Gateway entscheidend. Denn durch ihn soll bis 2027 ein Großteil des 300 Milliarden Euro schweren Finanzrahmens, den die Europäische Kommission veranschlagt hat, aufgebracht werden.¹⁴ Um Investoren für Projekte zu gewinnen und deren Kosten und Risiken zu minimieren, bedient sich die Europäische Kommission verschiedener Finanzierungsinstrumente. Dabei kommt ein Großteil der Gelder, die bspw. als Kreditgarantien zur Verfügung gestellt werden, aus dem Hauptinstrument der EU für Entwicklungszusammenarbeit, dem "Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument – Global Europe (NDICI-GE). Diese Gelder werden durch Förderungen der Finanz- und Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen der 27 Mitgliedsstaaten ergänzt.¹⁵ Zwischen 2023 und 2025 präsentierte die Europäische Kommission 274 Projekte im Rahmen von Global Gateway, die meisten davon in Afrika, gefolgt von Lateinamerika (siehe Karte). Gut die

Mehr globale Gerechtigkeit – so können wir es schaffen

Eine global gerechte Transformation kann nur gelingen, wenn auf Kooperation statt auf mehr Wettbewerb gesetzt wird. Demokratische Teilhabe und Partnerschaften auf Augenhöhe dürfen nicht nur leere Phrasen bleiben. Handelsabkommen und Investitionsverträge, die die bestehenden Machtstrukturen und Ungleichgewichte verfestigen, sollten der Vergangenheit angehören. Ansonsten laufen europäische Staaten Gefahr, mit ihrer aktuellen Politik koloniale Muster fortzuführen. Für eine global gerechte grüne Transformation brauchen wir stattdessen:

- **Partnerschaftsabkommen**, die sich an den tatsächlichen Bedarfen der rohstoffreichen Länder ausrichten, Wertschöpfung in diesen Ländern fördern, Wissens- und Technologietransfer ermöglichen und politischen Handlungsspielraum wahren.
- **Transparenz** sowie eine effektive und verbindliche Einbindung der Zivilgesellschaft und der betroffenen Bevölkerung in die Verhandlungen und Umsetzung dieser Partnerschaften.
- eine **Ausweitung** der an der Ausgestaltung und Umsetzung der grünen Transformation beteiligten Akteure.
- klare Ziele für eine **Minderung des Rohstoffverbrauchs** in der EU, um den wachsenden Druck von den Ökosystemen der rohstoffreichen Länder zu nehmen und über Maßnahmen der Genügsamkeit (Suffizienz), widerstandsfähiger (resilient) zu werden.

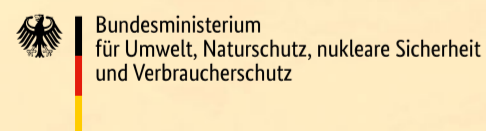
Alle Quellenangaben finden Sie zum Download auf unserer Internetseite

„Zwischen Anspruch und Ausbeutung: Europas handelspolitische Strategie zur Rohstoffsicherung“

power-shift.de/zwischen-anspruch-und-ausbeutung/



Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Umwelt Bundesamt

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei der Autorin.

Herausgeber

PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e. V.

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel.: +49 (0)30 42805479
info@power-shift.de

<https://power-shift.de/impressum/>

Eingetragen beim Registergericht AG
Charlottenburg, VR 29859 B